

Niederschrift
über die 11. gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Inklusion
und des Beirates für Inklusion und Menschenrechte
am 21.11.2023 in Köln, Horion-Haus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Ausschuss:

CDU

Dornseifer, Falk	
Kipphardt, Guntmar	für Kretschmer, Gabriele
Lünenschloss, Caroline	
Dickmann, Bernd	für Mucha, Constanze
Norkowsky, Arnold	
Dr. Schlieben, Nils Helge	
Solf, Michael-Ezzo	
Wörmann, Josef	Ausschussvorsitzender

SPD

Daun, Dorothee	
Servos, Gertrud	
Kaske, Axel	für Spinrath, Norbert
Stergiopoulos, Ioannis	
Ullrich, Birgit	

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herlitzius, Bettina	
Schmitt-Promny M.A., Karin	Beiratsvorsitzende
Kresse, Martin	für Spicale, Simone
Tuschen, Johannes	
Warnecke, Uwe Marold	

FDP

Clemens, Miriam	
Wallutat, Philipp	für Steffen, Alexander

AfD

Frambach, Heribert

Die Linke.

Reuschel-Schwitalla, Klaus

FREIE WÄHLER

Dipl.-Ing. Hagenbruch, Detlef

Die FRAKTION

Winkel, Petra

Anwesend vom Beirat:

Ausschuss (Fraktionen siehe oben)

Wörmann, Josef
Solf, Michael-Ezzo
Daun, Dorothee
Clemens, Miriam
Frambach, Heribert
Reuschel-Schwitalla, Klaus
Winkel, Petra

Landesbehindertenrat NRW

Adam, Bettina
Gabor, Peter
Gottschalk, Berthold
Grimbach-Schmalfuß, Uta
Heiser, Sandra
Konieczny, Eva
Lindheimer, Martin
Thoms, Eva-Maria (Gast)

Landesverband NRW der Angehörigen psychisch Kranker e.V.

Schubert, Wiebke

Verwaltung:

Lubek, Ulrike
Dr. Schwarz, Alexandra
Stephan-Gellrich, Susanne
Woltmann, Bernd
Wierum, Melanie

LVR-Direktorin
LVR-Dezernentin Schulen, Inklusionsamt,
Soziale Entschädigung
LVR-Dezernat Klinikverbund und Verbund
Heilpädagogischer Hilfen
LVR-Stabsstellenleitung 00.300
LVR-Stabsstelle 00.300 (Protokoll)

Gäste mit Rederecht:

Middendorf, Claudia

Landesbehindertenbeauftragte NRW

Weitere Gäste:

Kremer, Klemens

Gesamtpersonalrat

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 10. gemeinsame Sitzung von Ausschuss für Inklusion und Beirat für Inklusion und Menschenrechte vom 07.09.2023
3. LVR-Aktionsplan UN-Behindertenrechtskonvention
 - 3.1 Rückblick auf den LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte zur "Staatenprüfung" am 14. November 2023
 - 3.2 Dokumentation der Studien- und Informationsreise des Ausschusses für Inklusion mit dem Beirat für Inklusion und Menschenrechte **15/1995 K**
 - 3.3 LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Beschluss Jahresbericht 2022 **15/1977 B**
4. Weitere Kenntnisnahmen
 - 4.1 Vielfalt und Gerechtigkeit im LVR: Aktive Partnerschaft des LVR im Rahmen der Landesinitiative „Erfolgsfaktor Interkulturelle Öffnung - NRW stärkt Vielfalt!“, sechster Umsetzungsbericht **15/2083 K**
 - 4.2 Migration und Diversity im Wandel: Neuausrichtung des Aufgabenprofils der Integrationsbeauftragten im LVR-Klinikverbund **15/2012 K**
 - 4.3 Aktualisierung der Richtlinien des Mitmänn-Preises **15/1931 K**
 - 4.4 Schulabschlüsse und berufliche Werdegänge von Schüler*innen an den LVR-Förderschulen 2021/2022 **15/1793 K**
 - 4.5 Jahresbericht des LVR-Inklusionsamtes 2022 **15/1976 K**
 - 4.6 Abschlussbericht des Modellprojektes „Mensch-Roboter-Kollaboration - Umgestaltung eines Arbeitsplatzes in der Automobilbranche für schwerbehinderte Beschäftigte“ **15/1975 K**
 - 4.7 Entwicklungsziele 2030 für das LVR-Zentrum für Medien und Bildung und Ergebnisse der Prüfung der Unterbringung einer Abteilung des LVR-ZMB in einem Neubau auf dem Gelände der Abtei Brauweiler **15/1687 K**
5. Haushalt 2024
 - 5.1 Haushalt 2024; Zur Situation Erwachsener mit Behinderung, die noch bei ihren Eltern wohnen

- | | | |
|-------|--|-----------------------------------|
| 5.1.1 | Änderungsantrag zum Antrag Nr. 15/133 "Haushalt 2024; Zur Situation Erwachsener mit Behinderung, die noch bei ihren Eltern wohnen" | Antrag 15/162 Die Linke. E |
| 5.1.2 | Haushalt 2024; Zur Situation Erwachsener mit Behinderung, die noch bei ihren Eltern wohnen | Antrag 15/133 CDU, SPD E |
| 5.2 | Haushalt 2024; Impulse zum Abbau von Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung | Antrag 15/134 CDU, SPD E |
| 5.3 | Haushalt 2024; Inklusive Bauprojektförderung des LVR: Prüfauftrag zur Anpassung der Förderrichtlinie | Antrag 15/135 CDU, SPD E |
| 5.4 | Haushalt 2024; Schnittstellen und Zuständigkeiten in der Eingliederungs- und Jugendhilfen | Antrag 15/137 CDU, SPD E |
| 5.5 | Haushalt 2024; Fachtagung - Artikel 29 UN-Behindertenrechtskonvention | Antrag 15/138 CDU, SPD E |
| 5.6 | Haushalt 2024; Prüfauftrag für die Einrichtung von Ausbildungsstellen - ggf. in der Form einer theoriereduzierten Ausbildung - im Rahmen der Zuständigkeiten des LVR - zwecks Einsatz am Ersten Arbeitsmarkt | Antrag 15/145 CDU, SPD E |
| 5.7 | Haushalt 2024; Berufsberatung durch Selbsterfahrene | Antrag 15/146 CDU, SPD E |
| 5.8 | Haushalt 2024; Schulbausanierung | |
| 5.8.1 | Haushalt 2024; Schulbausanierung | Antrag 15/147 CDU, SPD E |
| 5.8.2 | Haushalt 2024: Änderungsantrag zum Antrag Nr. 15/147 Schulbausanierung | Antrag 15/157 GRÜNE E |
| 5.8.3 | Ergänzungsantrag zum Antrag Nr. 15/147 "Haushalt 2024; Schulbausanierung" | Antrag 15/161 Die Linke. E |
| 6. | Anfragen und Anträge | |
| 6.1 | Barrierefreiheit in den Höfen der Abtei Brauweiler | Anfrage 15/84 Die Linke. K |
| 6.2 | Beantwortung der Anfrage Nr. 15/84 | |
| 6.3 | Heilpädagogische Kindertagesstätte Ferrenberg/Bergisch Gladbach | Anfrage 15/88 AfD K |
| 6.4 | Beantwortung der Anfrage Nr. 15/88 | |
| 6.5 | Anfrage: Frauenbeauftragte in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen | Anfrage 15/95 GRÜNE K |
| 6.6 | Beantwortung der Anfrage Nr. 15/95 | |
| 7. | Bericht aus der Verwaltung | |

8. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

9. Auswahl der Preisträger*innen für den Rheinlandtaler in **15/1744/1 B** der Kategorie "Gesellschaft" für das Jahr 2024

10. Verschiedenes

Beginn der Sitzung:	10:00 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	11:50 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	11:52 Uhr
Ende der Sitzung:	11:52 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung verweist der **Ausschussvorsitzende** auf die zurückliegende Solo-Sitzung des Beirates am 30.11.2023. Er kündigt an, dass die fraktionsübergreifende Anfrage zum Ausschluss von Kindern mit Behinderung aus Kita und OGS (Anfrage Nr. 15/99 CDU, SPD, GRÜNE, FDP, Die Linke., Die FRAKTION) in der ersten gemeinsamen Sitzung des Ausschusses und des Beirates im Jahr 2024 beraten werde. Er verteilt vorab einige Ausdrucke der Anfrage.

Auf Nachfrage von Herrn **Frambach** bestätigt die **Beiratsvorsitzende**, dass die fraktionsübergreifende Anfrage im Nachgang der Beiratssitzung ohne Abstimmung mit der AfD-Fraktion gestellt wurde.

Die Tagesordnung wird anerkannt.

Frau **Konieczny** wird als neues Mitglied im Beirat für Inklusion und Menschenrechte verpflichtet.

Herr **Gabor** teilt mit, dass Frau **Thoms** bei der Sitzung als Gast teilnehme. Sofern ihr das Rederecht erteilt werde, verzichte in diesem Fall ein anderes anwesendes Mitglied des LBR-Pools auf sein Rederecht.

Punkt 2

Niederschrift über die 10. gemeinsame Sitzung von Ausschuss für Inklusion und Beirat für Inklusion und Menschenrechte vom 07.09.2023

Gegen die Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 3 **LVR-Aktionsplan UN-Behindertenrechtskonvention**

Punkt 3.1 **Rückblick auf den LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte zur "Staatenprüfung" am 14. November 2023**

Der **Ausschussvorsitzende** würdigt die Dialog-Veranstaltung als gelungenen Auftakt für die Befassung des LVR mit den Ergebnissen der zweiten Staatenprüfung BRK.

Herr **Gabor** lobt die Umsetzung des hybriden Veranstaltungsformates, das auch technisch sehr gut funktioniert habe.

Frau **Lubek** kündigt an, dass der LVR im Jahr 2024 mit der systematischen Aufarbeitung der Abschließenden Bemerkungen des UN-Fachausschusses in Bezug auf das gesamte Aufgabenspektrum des LVR beginnen werde.

Punkt 3.2 **Dokumentation der Studien- und Informationsreise des Ausschusses für Inklusion mit dem Beirat für Inklusion und Menschenrechte Vorlage Nr. 15/1995**

Der **Ausschussvorsitzende** bedankt sich bei der Verwaltung für die Organisation der gelungenen Reise. Man habe wichtige Erkenntnisse gewinnen und den LVR als Akteur für Inklusion auf der Bundesebene sichtbar positionieren können.

Die Dokumentation wird gemäß Vorlage Nr. 15/1995 zur Kenntnis genommen.

Punkt 3.3 **LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Beschluss Jahresbericht 2022 Vorlage Nr. 15/1977**

Der **Ausschussvorsitzende** verweist auf die bereits erfolgte "erste Lesung" des Berichtes im Entwurf und stellt keinen weiteren Diskussionsbedarf fest.

Der **Beirat** votiert **einstimmig** für den Beschlussvorschlag.

Der **Ausschuss** fasst **einstimmig** den folgenden Beschluss:

Dem Jahresbericht 2022 zum LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention "Gemeinsam in Vielfalt" wird gemäß Vorlage Nr. 15/1977 zugestimmt.

Punkt 4 **Weitere Kenntnisnahmen**

Punkt 4.1

Vielfalt und Gerechtigkeit im LVR: Aktive Partnerschaft des LVR im Rahmen der Landesinitiative „Erfolgsfaktor Interkulturelle Öffnung - NRW stärkt Vielfalt!“, sechster Umsetzungsbericht Vorlage Nr. 15/2083

Frau **Lubek** macht insbesondere auf die in der Begründung angekündigte Vorlage über die Umsetzung des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von rassistischer Diskriminierung der Vereinten Nationen (kurz: UN-Antirassismuskonvention oder auch englisch abgekürzt: ICERD) aufmerksam.

Der sechste Umsetzungsbericht zur aktiven Partnerschaft des LVR im Rahmen der Landesinitiative „Erfolgsfaktor Interkulturelle Öffnung - NRW stärkt Vielfalt!“ wird gemäß Vorlage Nr. 15/2083 im Kontext des LVR-Diversity-Konzeptes zur Kenntnis genommen.

Punkt 4.2

Migration und Diversity im Wandel: Neuausrichtung des Aufgabenprofils der Integrationsbeauftragten im LVR-Klinikverbund Vorlage Nr. 15/2012

Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Weiterentwicklung bzw. Erweiterung des Aufgabenprofils der Integrationsbeauftragten (auf Grundlage des LVR-Diversity-Konzepts) wird gemäß des erfolgten Beschlusses der Vorlage Nr. 15/2012 zur Kenntnis genommen.

Punkt 4.3

Aktualisierung der Richtlinien des Mitmänn-Preises Vorlage Nr. 15/1931

Der **Ausschussvorsitzende** bittet um Benennung von ehrenwerten Initiativen und Personen.

Der Änderung der Richtlinien des Mitmänn-Preises wird gemäß des erfolgten Beschlusses der Vorlage Nr. 15/1931 zur Kenntnis genommen.

Punkt 4.4

Schulabschlüsse und berufliche Werdegänge von Schüler*innen an den LVR-Förderschulen 2021/2022 Vorlage Nr. 15/1793

Frau **Thoms** erkundigt sich danach, wie viele Berufsfelderkundungen und Praktika auf dem ersten Arbeitsmarkt stattfinden. Frau **Dr. Schwarz** erläutert, dass die Berufsfelderkundungen in der Regel auf dem ersten Arbeitsmarkt stattfinden würden. Im Förderschwerpunkt Körperliche und motorische Entwicklung finde die Berufsfelderkundung jedoch durchaus auch im Berufsbildungsbereich der WfbM statt.

Frau **Grimbach-Schmalfuß** äußert sich besorgt über den relativ hohen Anteil der Schüler*innen mit sonstigem Verbleib (zu Hause, arbeitslos, Perspektive unklar).

Frau **Herlitzius** und die **Beiratsvorsitzende** diskutieren kritisch, inwiefern die Berufskollegs ausreichend auf die Schüler*innen aus den Förderschulen vorbereitet seien. Frau Dr. **Schwarz** berichtet, dass die Berufsbildenden Maßnahmen an Berufskollegs ihres

Wissens nach oftmals sehr gute Anschlussmöglichkeiten vor allem für junge Erwachsene mit Hör- und Sehbehinderungen eröffnen würden. Voraussetzung sei eine gute Begleitung und die Ausstattung mit Hilfsmitteln. Differenzierter sei die Situation bei jungen Menschen mit Schwerst- und Mehrfachbehinderungen zu betrachten.

Die **Beiratsvorsitzende** wirbt dafür, insbesondere die theoriereduzierte Ausbildung (Fachpraktikerausbildung) verstärkt zu bewerben. Frau **Daun** regt an, dass sich das LVR-eigene Berufskolleg verstärkt auf theoriereduzierte Ausbildungsgänge ausrichten sollte.

Frau **Middendorf** berichtet, dass das Thema theoriereduzierte Ausbildung auch im Rahmen der "Initiative Inklusiver Arbeitsmarkt" des Landes aufgegriffen werde.

Frau **Dr. Schwarz** merkt an, dass man auch die erwartete Reform des Werkstattgesetzes auf Bundesebene im Blick behalten müsse. Aktuell bringe die WfbM viele Privilegien mit sich, die den Weg auf den ersten Arbeitsmarkt erschweren könnten.

Die Übersicht über die erreichten Schulabschlüsse und die beruflichen Werdegänge von Entlassschüler*innen der LVR-Förderschulen des Schuljahres 2021/2022 werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 4.5 **Jahresbericht des LVR-Inklusionsamtes 2022** **Vorlage Nr. 15/1976**

Herr **Reuschel-Schwitalla** erkundigt sich nach der Barrierefreiheit des digitalen Jahresberichtes.

Nachtrag zum Protokoll: Die barrierefreie PDF des Jahresberichtes steht auf der Homepage des LVR-Inklusionsamtes zum Download bereit:
https://publi.lvr.de/publi/PDF/979-Jahresbericht_LVR-Inklusionsamt_2022_barrierefrei.pdf

Auf Rückfrage von Herrn **Reuschel-Schwitalla** weist Frau **Dr. Schwarz** darauf hin, dass in diesem Jahresbericht bewusst auch exemplarische Berichte von Beschäftigten aufgenommen wurden. Diese Fallbeispiele würden einen Einblick in das geben, was mit den Leistungen des Inklusionsamtes möglich sei.

Frau **Herlitzius** bedankt sich für die informative Vorlage.

Der **Ausschussvorsitzende** merkt an, dass in der theoriereduzierten Ausbildung bei entsprechender Neustrukturierung der Aufgaben sowohl Potenziale für den öffentlichen Dienst als auch für private Arbeitgeber liegen würden.

Der Jahresbericht des LVR-Inklusionsamtes 2022 wird gemäß Vorlage Nr. 15/1976 zur Kenntnis genommen.

Punkt 4.6 **Abschlussbericht des Modellprojektes „Mensch-Roboter-Kollaboration - Umgestaltung eines Arbeitsplatzes in der Automobilbranche für schwerbehinderte Beschäftigte“** **Vorlage Nr. 15/1975**

Herr **Reuschel-Schwitalla** erkundigt sich danach, wie der Roboter nach Abschluss des Projektes zum Einsatz komme.

Frau **Dr. Schwarz** verweist darauf, dass im Kontext des Projektes allgemeingültige Erkenntnisse generiert wurden, die für zukünftige Projekte sehr wichtig seien. Insbesondere das Thema "Schutz der Mitarbeitenden vor dem Roboter" sei nun verstärkt im Blickfeld. Nach den betrieblichen Veränderungen bei der Ford-Werke GmbH solle der entwickelte Roboter voraussichtlich in der künftigen Produktion der Elektrofahrzeuge an einem neuen Arbeitsplatz für Menschen mit Einschränkungen eingesetzt werden.

Frau **Servos** erkundigt sich danach, warum der Roboter nicht den beiden Arbeitnehmern, die ihn zuletzt genutzt hatten, zu ihrem neuen Tätigkeitsgebiet gefolgt sei.

Frau **Dr. Schwarz** erläutert, dass der Technische Beratungsdienst im Inklusionsamt in jedem Einzelfall entscheide, ob ein technisches Hilfsmittel an der Person oder an der konkreten Tätigkeit hänge. Im Fall des Roboters stehe die konkrete Tätigkeit im Vordergrund, bei der der Roboter Unterstützung leisten könne.

Der Abschlussbericht des Modellprojektes „Mensch-Roboter-Kollaboration - Umgestaltung eines Arbeitsplatzes in der Automobilbranche für schwerbehinderte Beschäftigte" wird gemäß Vorlage Nr. 15/1975 zur Kenntnis genommen.

Punkt 4.7

Entwicklungsziele 2030 für das LVR-Zentrum für Medien und Bildung und Ergebnisse der Prüfung der Unterbringung einer Abteilung des LVR-ZMB in einem Neubau auf dem Gelände der Abtei Brauweiler Vorlage Nr. 15/1687

Es gibt keine Wortmeldungen.

1. Die Entwicklungsziele 2030 des LVR-ZMB werden zur Kenntnis genommen und für die Umsetzung empfohlen.
2. Eine Ausgliederung der Abteilung Medienproduktion aus dem LVR-ZMB und der Unterbringung an einem geplanten Neubau auf dem Gelände der Abtei Brauweiler wird nicht weiterverfolgt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeit eines gemeinsamen Verkaufs der jeweiligen Immobilienanteile Bertha-von-Suttner-Platz mit der Landeshauptstadt Düsseldorf zu klären.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, unter Berücksichtigung der entwickelten, aufgabenorientierten Kriterien einen Standort zur Unterbringung des LVR-ZMB zu finden bzw. darzulegen, welche Maßnahmen bei einem eventuellen Verbleib in der jetzt genutzten Immobilie erforderlich werden.

Punkt 5 Haushalt 2024

Der **Ausschussvorsitzende** bittet eingangs darum, nicht die politischen Diskussionen aus den vorhergehenden Fachausschüssen zu wiederholen, sondern insbesondere den externen Mitgliedern des Beirates für Inklusion und Menschenrechte die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben.

Punkt 5.1

Haushalt 2024; Zur Situation Erwachsener mit Behinderung, die noch bei ihren Eltern wohnen

Vor der Abstimmung über den Antrag und den Änderungsantrag macht Frau **Schubert** auf die hohe Bedeutung der Angehörigen in der Betreuung und Pflege von Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen aufmerksam. Grundsätzlich sei davon auszugehen, dass zukünftig immer weniger Angehörige für diese Aufgabe zur Verfügung stehen würden und dadurch eine Versorgungslücke entstehe. Aktuell gebe es jedoch zu wenige Zahlen, um die Situation gut analysieren zu können.

Auch Frau **Daun** betont die Bedeutung verlässlicher Daten. Sie verweist darauf, dass aktuell vor allem Erwachsene mit Behinderungen bei ihren Angehörigen verbleiben würden, wenn es an angemessenen Alternativangeboten für diesen Personenkreis fehle. Herr **Frambach** schließt sich den Ausführungen von Frau **Daun** an.

Frau **Clemens** bekräftigt das Anliegen des Antrags. Die Verwaltung solle jedoch selbst beurteilen, auf welche Wege, mit oder ohne ein Traineeprojekt, die Datenanalyse erfolgen solle.

Punkt 5.1.1

Änderungsantrag zum Antrag Nr. 15/133 "Haushalt 2024; Zur Situation Erwachsener mit Behinderung, die noch bei ihren Eltern wohnen" Antrag Nr. 15/162 Die Linke.

Herr **Reuschel-Schwitalla** zieht den Antrag für die Fraktion DIE LINKE. zurück.

Punkt 5.1.2

Haushalt 2024; Zur Situation Erwachsener mit Behinderung, die noch bei ihren Eltern wohnen Antrag Nr. 15/133 CDU, SPD

Der **Beirat** votiert **einstimmig** für den Beschlussvorschlag.

Der **Ausschuss** fasst **einstimmig** den folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Forschungsauftrag oder ein Traineeprojekt zu initiieren, in dem die Situation Erwachsener mit Behinderung beleuchtet wird, die mangels geeigneter Angebote der Eingliederungshilfe noch in ihrer Herkunftsfamilie leben. Dabei soll ermittelt werden, ob sich die Nachfrage nach entsprechenden Angeboten quantifizieren bzw. schätzen lässt, welche wesentlichen Gründe ggf. einem bedarfsgerechten Angebot entgegenstehen und wie die Situation im Sozialraum und für die Angehörigen positiv zu verändern ist.

Punkt 5.2

Haushalt 2024; Impulse zum Abbau von Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung Antrag Nr. 15/134 CDU, SPD

Der **Beirat** votiert **einstimmig** für den Beschlussvorschlag.

Der **Ausschuss** fasst **einstimmig** den folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Landschaftsversammlung macht sich die „Erfurter Erklärung für einen inklusiven Arbeitsmarkt 2030“ (siehe Anlage 1) zueigen sowie den Beschluss des NRW-Inklusionsbeirats vom 12.5.2023 zum Thema „Abbau der Arbeitslosigkeit behinderter Menschen“ (siehe Anlage 2) mit dem Ziel, zur Umsetzung der Punkte 1 bis 7 im Rahmen seiner Zuständigkeit und Möglichkeiten beizutragen und das Land NRW dabei zu unterstützen.

Punkt 5.3

Haushalt 2024; Inklusive Bauprojektförderung des LVR: Prüfauftrag zur Anpassung der Förderrichtlinie Antrag Nr. 15/135 CDU, SPD

Der **Beirat** votiert **einstimmig** für den Beschlussvorschlag.

Der **Ausschuss** fasst **einstimmig** den folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die derzeitigen Förderrichtlinien der Inklusiven Bauprojektförderung des LVR anzupassen und einen entsprechenden Änderungsentwurf zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ziel ist es, mehr Projekte und ggf. auch umfangreicher fördern zu können.

Als „Stellschrauben“ kommen hierbei beispielsweise in Betracht:

1. Dynamisierung der Bewohnenden-Quote anhand der Wohneinheiten/Bewohnenden insgesamt statt „starrer“ Quote von aktuell mind. 30%
2. Gestaffelte Anpassung der individuellen Förderhöhe je nach Größe/Bewohnendenzahl bis max. 400.000,00 Euro statt 200.000,00 Euro und ein etwaiger höherer Zuschuss als 10%, maximal jedoch 20%
3. Umfang und Umsetzung der Kriterien zur Barrierefreiheit konkretisieren und ggf. herabsetzen für Wohneinheiten, die nicht von Menschen mit Behinderung bewohnt werden
4. Den Begriff der „Wohnprojekte“ neu definieren, damit auch einzelne Gebäudeteile eines gesamten Wohnprojektes gefördert werden können
5. Sollte der derzeitige Etat in Höhe von 2 Mio. p.a. überschritten werden, bedarf es einer gesonderten politischen Beschlussfassung über die Förderung.

Punkt 5.4

Haushalt 2024; Schnittstellen und Zuständigkeiten in der Eingliederungs- und Jugendhilfen

Antrag Nr. 15/137 CDU, SPD

Der **Beirat** votiert **einstimmig** für den Beschlussvorschlag.

Der **Ausschuss** fasst **einstimmig** den folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Bericht über die Schnittstellen und Zuständigkeiten bei der Eingliederungshilfe und Jugendhilfe zu geben und Handlungsoptionen aufzuzeigen, die sich aus der derzeitigen Rechtslage sowie abzusehenden rechtlichen Veränderungen ergeben können.

Punkt 5.5

Haushalt 2024; Fachtagung - Artikel 29 UN-Behindertenrechtskonvention

Antrag Nr. 15/138 CDU, SPD

Herr **Frambach** regt an, eine Fachtagung zu allen BRK-Artikeln zu veranstalten, die in der zweiten Staatenprüfung BRK thematisiert wurden. Der **Ausschussvorsitzende** verweist in diesem Kontext auf die frühzeitige Befassung des LVR mit den Ergebnissen der zweiten Staatenprüfung, beginnend mit dem LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte am 14. November 2023.

Frau **Konieczny** und Herr **Gabor** begrüßen die geplante Fachveranstaltung und bitten um eine enge Einbeziehung der Selbsthilfe bei der inhaltlichen Planung und Umsetzung der Tagung.

Der **Beirat** votiert **einstimmig - bei Enthaltung der Fraktion der AfD** - für den Beschlussvorschlag.

Der **Ausschuss** fasst **einstimmig - bei Enthaltung der Fraktion der AfD** - folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird mit der Durchführung einer Fachtagung zum Themenfeld "Gesellschaftliche und bürgerschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung" (Art. 29 UN-Behindertenrechtskonvention) beauftragt.

Punkt 5.6

Haushalt 2024; Prüfauftrag für die Einrichtung von Ausbildungsstellen - ggf. in der Form einer theoriereduzierten Ausbildung - im Rahmen der Zuständigkeiten des LVR - zwecks Einsatz am Ersten Arbeitsmarkt

Antrag Nr. 15/145 CDU, SPD

Der **Beirat** votiert **einstimmig** für den Beschlussvorschlag.

Der **Ausschuss** fasst **einstimmig** den folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen und/oder zu prüfen,

- ob und in welchem Umfang in Einrichtungen und Dienststellen des LVR Ausbildungsstellen für eine theoriereduzierte Ausbildung geschaffen werden können,
- ob sich solche oder andere Ausbildungsstellen für Menschen eignen, die ein Budget für Ausbildung in Anspruch nehmen können,

- welche Bildungsträger oder sonstigen Stellen die Auszubildenden unterstützen und in der Praxis begleiten können und wie dies finanziert werden kann, und inwieweit für den sozialen Bereich - insbesondere durch das LVR-Berufskolleg - geeignete Ausbildungsgänge angeboten oder beschafft werden könnten,
- ob Zielvereinbarungen mit Anbietern, die über Leistungen der Eingliederungshilfe finanziert werden, möglich sind, geeignete Ausbildungsplätze im ersten Arbeitsmarkt anzubieten und
- welche rechtlichen Rahmenbedingungen zu beachten und wie die Berufsaussichten und Verdienstmöglichkeiten auf dem Ersten Arbeitsmarkt dadurch, insbesondere für Menschen mit kognitiven Einschränkungen, einzuschätzen sind.

Punkt 5.7

Haushalt 2024; Berufsberatung durch Selbsterfahrene Antrag Nr. 15/146 CDU, SPD

Der **Beirat** votiert **einstimmig - bei Enthaltung der Fraktion der AfD** - für den Beschlussvorschlag.

Der **Ausschuss** fasst **einstimmig - bei Enthaltung der Fraktion der AfD** - folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die Durchführung von Fachveranstaltungen zu planen, die zum Ziel haben, Schülerinnen und Schüler unserer Schulen bzw. aus dem gemeinsamen Lernen der Klassen 9 und 10 zu ermöglichen, Berufe, Ausbildungen, Freiwilligen Dienste, schulische Ausbildungen oder Studiengänge kennenzulernen, die mit der jeweiligen Behinderung möglich sind. Vortragende und Ansprechpartner dazu sollen junge Menschen sein, die als Ausbildungsbotschafter selbst eine Behinderung haben und den jeweiligen Berufsweg gegangen sind oder gerade gehen.

Punkt 5.8

Haushalt 2024; Schulbausanierung

Punkt 5.8.1

Haushalt 2024; Schulbausanierung Antrag Nr. 15/147 CDU, SPD

Der **Beirat** votiert **einstimmig - bei Enthaltung der Fraktion der Bündnis 90/DIE GRÜNEN** - für den Beschlussvorschlag.

Der **Ausschuss** fasst **einstimmig - bei Enthaltung der Fraktion der Bündnis 90/DIE GRÜNEN** - folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Investitions- und Sanierungsprogramm für die kommenden 10 Jahre für die LVR-Förderschulen zu erarbeiten und den politischen Gremien zur Entscheidung vorzulegen. Eine Priorisierung der anstehenden Baumaßnahmen ist vorzunehmen.

Dabei sind neben den schulischen Belangen auch energetische Ertüchtigungen zu berücksichtigen.

Punkt 5.8.2

Haushalt 2024: Änderungsantrag zum Antrag Nr. 15/147 Schulbausanierung Antrag Nr. 15/157 GRÜNE

Der **Beirat** votiert mehrheitlich mit den Stimmen des LBR-Pools und von Frau Schubert und der Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, SPD und FDP - bei Enthaltung der Fraktion Die FRAKTION - für den Antrag.

Der **Ausschuss** lehnt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD und FDP - gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, AfD, DIE LINKE. und FREIE WÄHLER - bei Enthaltung der Fraktion Die FRAKTION - den Antrag ab.

Punkt 5.8.3

Ergänzungsantrag zum Antrag Nr. 15/147 "Haushalt 2024; Schulbausanierung" Antrag Nr. 15/161 Die Linke.

Der **Beirat** votiert mehrheitlich mit den Stimmen des LBR-Pools und von Frau Schubert und der Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, SPD, FDP, die FRAKTION - bei Enthaltung der Fraktion der Bündnis 90/DIE GRÜNEN- für den Antrag.

Der **Ausschuss** lehnt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD, FDP, die FRAKTION und FREIE WÄHLER - gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. - bei Enthaltung der Fraktion der Bündnis 90/DIE GRÜNEN- den Antrag ab.

Punkt 6

Anfragen und Anträge

Punkt 6.1

Barrierefreiheit in den Höfen der Abtei Brauweiler Anfrage Nr. 15/84 Die Linke.

Punkt 6.2

Beantwortung der Anfrage Nr. 15/84

Herr **Reuschel-Schwitalla** kritisiert, dass denkmalschutzrechtliche Erwägungen die barrierefreie Gestaltung der Höfe in der Abtei Brauweiler erschweren.

Herr **Gabor** mahnt an, bei zukünftigen Projekten stets Laufwege mit glatten Flächen für Menschen im Rollstuhl oder mit Gehbeeinträchtigungen sowie taktile Linien für blinde Menschen von vornherein mitzudenken.

Punkt 6.3

Heilpädagogische Kindertagesstätte Ferrenberg/Bergisch Gladbach Anfrage Nr. 15/88 AfD

Punkt 6.4

Beantwortung der Anfrage Nr. 15/88

Es gibt keine Rückfragen zu der Beantwortung.

Punkt 6.5

Anfrage: Frauenbeauftragte in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen
Anfrage Nr. 15/95 GRÜNE

Punkt 6.6

Beantwortung der Anfrage Nr. 15/95

Es gibt keine Rückfragen zu der Beantwortung.

Punkt 7

Bericht aus der Verwaltung

Kein Wortbeitrag.

Punkt 8

Verschiedenes

Frau **Middendorf** stellt unter diesem Tagesordnungspunkt aktuelle Arbeitsschwerpunkte vor:

Frau Middendorf berichtet, dass für das Frühjahr 2024 eine übergreifende Kampagne zum inklusiven Arbeitsmarkt in Planung sei.

Frau Middendorf teilt mit, dass Ende November 2023 die neue "Stabsstelle Inklusion" im Ministerium des Inneren des Landes NRW ihre Tätigkeit aufnehmen werde. Ziel sei es, die Ministerien und zugeordneten Behörden und Diensten bei der verstärkten Anstellung von Menschen mit Schwerbehinderungen zu unterstützen. Man habe sich bewusst für eine Verortung im Innenministerium entschieden, da hier viele Behörden und Diensten, die Fortbildungsakademie und auch die Gesamtschwerbehindertenvertretung angesiedelt seien.

Auf Rückfragen von Herrn **Reuschel-Schwitalla** weist Frau **Lubek** darauf hin, dass der LVR regelhaft differenziert über die Schwerbehindertenquoten im LVR berichte. Die Pflichtquote von 5% werden im LVR übererfüllt.

Frau **Middendorf** berichtet über die "Potsdamer Erklärung - Mehr Inklusion im und durch Sport". Diese sei beim Treffen des Beauftragten des Bundes und der Länder für die Belange von Menschen mit Behinderungen am 16. und 17. November 2023 verabschiedet worden. Darin würden von Bund, Land und Kommunen mehr Engagement für mehr Inklusion im Sport eingefordert.

In diesem Kontext regt Herr **Gabor** an, vor allem den Breitensport in den Blick zu nehmen. Aus seiner Sicht sei eine Initiative des Landessportbundes erforderlich, damit die lokale Ebene aktiv werde. Frau **Herlitzius** sieht Potenziale vor allen in den "Unified Sports"-Sportarten.

Frau **Servos** und Frau **Adam** machen auf die Situation in den örtlichen Schwimmbädern aufmerksam. Es fehle an Hilfsmitteln in den Schwimmbädern. Zudem würden die durch die hohen Energiekosten bedingten reduzierten Wassertemperaturen dazu führen, dass einige Menschen mit Behinderungen nicht am Schwimmsport teilhaben könnten.

Frau **Middendorf** berichtet von einer Arbeitsgruppe der zuständigen Ministerien des Landes und der Krankenkassen, um die Medizinische Behandlungszentren für Erwachsene mit geistiger oder schwerer Mehrfachbehinderung (MZEB) weiter zu stärken und in die Fläche zu bringen. Ziel sei, dass die MZEB zukünftig nicht nur Leistungen der Diagnostik, sondern auch der Versorgung erbringen könnten.

Frau **Herlitzius** bittet darum, die MZEB nicht nur für Menschen mit einem Grad der Behinderung über 50 Prozent zu öffnen, sondern auch gleichstellte Personengruppen zu berücksichtigen. Frau **Middendorf** erklärt daraufhin, dass eine Öffnung für Menschen mit Behinderungen unabhängig vom Grad der Behinderung Teil der Diskussion sei.

Herr **Gabor** macht auf eine Veranstaltung zum Thema Medizinrecht und Patientenverfügungen aufmerksam, die der Landesbehindertenrat NRW e. V. gemeinsam mit der LAG Selbsthilfe NRW e.V. am 24.11.2023 im LVR-Horion-Haus ausgerichtet werde.

Duisburg, den 04.02.2024

Aachen, den 14.02.2024

Köln, den 25.01.2024

Der Ausschussvorsitzende

Die Beiratsvorsitzende

Die Direktorin des
Landschaftsverbandes
Rheinland

W ö r m a n n

S c h m i t t - P r o m n y

L u b e k